

**Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und
Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge**

Protokoll

61. Sitzung (nicht öffentlich)

19. Januar 1994

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.00 Uhr bis 12.40 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Champignon (SPD)

Stenograph: Schrader

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

**1 Die Reform der beruflichen Bildung wird eingelöst: Kollegschule
soll alle berufsbildenden Schulen ersetzen**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 11/5515

Der Ausschuß lehnt den Antrag mit den Stimmen von SPD,
CDU und F.D.P. gegen die Stimme der GRÜNEN ab.

(Diskussionsprotokoll Seite 1)

**2 Maßnahmen zur Bekämpfung und Verhinderung von rassistisch
motivierten Straftaten**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 11/5625

Der Ausschuß beschließt einstimmig, keine Stellungnahme an den
federführenden Ausschuß abzugeben.

(Diskussionsprotokoll Seite 4)

3 Zweites Gesetz zur Änderung des Heilberufsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/5673

Der Ausschuß nimmt den Gesetzentwurf unter Einbeziehung von
zuvor beschlossenen Änderungen mit den Stimmen von SPD, CDU
und F.D.P. bei Enthaltung des Vertreters der GRÜNEN an (siehe
dazu die Beschlußempfehlung Drucksache 11/6630). Als Bericht-
erstatter benennt er Abgeordneten Champignon (SPD).

(Kein Diskussionsprotokoll)

4 Gesetz zum Datenschutz im Gesundheitswesen - GDSG NW

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/5705
Vorlagen 11/2449, 11/2578, 11/2690
Zuschrift 11/2886

Der Ausschuß stimmt dem Gesetzentwurf unter Berücksichtigung von zuvor beschlossenen Änderungen mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P. bei Enthaltung des Vertreters der GRÜNEN zu (siehe dazu die Beschlußempfehlung Drucksache 11/6629). Zum Berichterstatter wird Abgeordneter Champignon (SPD) bestimmt.

(Kein Diskussionsprotokoll)

5 Kältetod von Obdachlosen verhindern - öffentliche Gebäude öffnen

Einem Bericht des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales schließt sich eine Ausschußdiskussion an.

(Diskussionsprotokoll Seite 6)

6 Umsetzung der Auffangkonzeption für die aus dem Krankenhausplan ausgeschiedenen Psychiatriebetten

Nach einem Bericht des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales tritt der Ausschuß in eine Diskussion über das Thema ein.

(Diskussionsprotokoll Seite 12)

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und
Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge
61. Sitzung

19.01.1994
sr-hu

Minister Müntefering spricht aus der Sicht seines Ressorts das Opferentschädigungsgesetz an, das kurz nach Einbringung des Antrags verkündet worden sei und mit dem sichergestellt werde, daß Ausländer, die hier lebten, Leistungsansprüche hätten, die mit denen vergleichbar seien, die Menschen, die auf Dauer hier wohnten, hätten. Für Touristen gebe es eine Härtefallregelung.

Dem Vorschlag in dem Antrag, einen Fonds zur Entschädigung von Opfern rassistischer und rechtsextremistischer Gewalttaten zu gründen, wolle er nicht nachkommen, weil er die Meinung vertrete, daß entsprechende Entschädigungen gesetzlich über die Opferentschädigungsregelungen geleistet werden müßten. Er habe den Opfern von Hünxe allerdings aus dem Fonds für außerordentliche Maßnahmen der Landesregierung spontan eine Hilfe zugesagt, die dort inzwischen auch angekommen sei.

Er bemühe sich um die Errichtung eines Fußballfanprojektes, über das diejenigen, die in den Städten und Gemeinden sozialpolitisch tätig seien, zu helfen versucht werde.

Die in Punkt 1 des Antrags enthaltenen Unterstellungen weise er nachdrücklich zurück.

Ergebnis siehe Beschlußteil, Seite II.

Zu Tagesordnungspunkt 3 - Stichwort "Heilberufsgesetz" - siehe Beschlußteil, Seite II.

Zu Tagesordnungspunkt 4 - Stichwort "Datenschutz im Gesundheitswesen" - siehe Beschlußteil, Seite II/III.